

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305
FAX: 0241 5198 2398

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 188

Pressemitteilung „Ursachen für steigende Sozialaufwendungen bekämpfen!“

Aachen, 12. November 2014

Der eingebrachte Haushalt für die Städteregion sieht eine deutliche Steigerung der Regionsumlage vor. Dies ist eine schlechte Botschaft für die Städte und Gemeinden. Eine der Ursachen sieht der Städteregionsrat Helmut Etschenberg in der Entwicklung der Sozialaufwendungen. Auf den ersten Blick mag dies einleuchtend sein. Steigende Ausgaben bei den Kosten der Unterkunft und in der Sozialhilfe, dazu eine größer werdende Zahl an Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind das Ergebnis einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wohnungsbaupolitik. Herr Etschenberg ist nur bedingt für diese Entwicklung verantwortlich, wohl aber seine Parteifreunde im Bund, deren Politik die Zahl der Transferempfänger ansteigen lässt.

Aber selbst unter Berücksichtigung dieser unerfreulichen Entwicklung muss man feststellen, dass die Nettosozialaufwendungen für SGB II und SGB XII in der Städteregion, d.h. die Differenz zwischen Bruttoaufwendungen und Kostenerstattungen des Bundes, in den letzten Jahren gesunken sind – und zwar von 170 Mio. € in 2010 auf geplante 165 Mio. € in 2015! Dies ist in erster Linie auf die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund zurückzuführen. „Insofern ist es für uns nicht hinnehmbar, wenn der Städteregionsrat in seiner Haushaltsrede von ‚rasant ansteigenden Soziallasten‘“ spricht, so Helga Ebel, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag. „Es handelt sich um berechnete Ansprüche von Menschen, denen der Sozialstaat aufgrund von Arbeitslosigkeit, Alter oder Gesundheitsbeeinträchtigung ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen hat. Dass viele potentiell Leistungsberechtigte sogar auf ihre Ansprüche verzichten, sollte uns eher zu denken geben als das Beklagen steigender Ausgaben“, ergänzt Uwe F. Lühr, Vorsitzender der Fraktion.

Neben einer höheren Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft bzw. an der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen als mittelfristige Lösung sind höhere Löhne, mehr Arbeitsplätze zu guten Bedingungen, eine auskömmliche gesetzliche Rente und eine bessere Gesundheitsvorsorge die entscheidenden Instrumente zur Begrenzung kommunaler Sozialaufwendungen.